

Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publications-Organ
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint am 7. u. 22. jeden Monats.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Voersch,
Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Inserate, die 2 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pfg.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 15.

Berlin, 7. August 1899.

3. Jahrg.

Bekanntmachung betreffs der nächsten General-Versammlung unseres Verbandes.

Der Verbands-Vorstand und der Ausschuss haben in ihrer
letzten gemeinsamen Sitzung beschlossen, zum

15. und 16. April 1900 (1. und 2. Osterfeiertag)
nach **Berlin**

die 2. General-Versammlung

des Verbandes mit folgender **provisorischen Tages-Ordnung**
einzuuberufen:

1. Konstituierung der General-Versammlung (Wahl des
Bureaus, Wahl einer Kommission zur Prüfung der
Mandate und Bericht derselben).
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Verbands-Vorstandes.
3. Die Lage der städtischen Arbeiter und ihre Forderungen
an die Gemeindebehörden. (Situationsbericht der einzelnen
Delegierten.)
4. Unser Verhältnis zu der General-Kommission der Gewerkschaften
Deutschlands.
5. Anträge des Verbands-Vorstandes und der Filialen.
6. Freisetzung der Diäten und der Beamtengehälter.
7. Wahl der Mitglieder des Verbands-Vorstandes, die nach
§ 7 des Statuts von der General-Versammlung zu
wählen sind.

Das Vokal, in dem die General-Versammlung tagen soll,
die Einteilung der Wahlkreise etc. machen wir rechtzeitig bekannt.

Der Verbands-Vorstand und Ausschuss.

F. V. Dr. Voersch

Die Agitation für das Zuchthaus.

Der „Vorwärts“ schreibt:

„In der Unternehmerpresse sind zwar in den letzten vierzehn
Tagen, da die Redaktionen meist nur mit halber Kraft arbeiten,
die gewöhnlichen Klagegefänge über den Streikterrorismus der
Arbeitervereine etwas spärlicher geworden; aber nichts würde
politisch kurzschäftiger sein, als hieraus folgern zu wollen, daß
nun die Gefahr, die dem Koalitionsrecht durch den mit so außer-
gewöhnlicher juristischer Begabung angearbeiteten Gesetzentwurf
zum Schutze der Schwarzbetriebe drohte, schon glücklich über-
wunden sei. Immer deutlicher mehren sich die Anzeichen, daß
dem ersten Ansturm auf die Koalitionsfreiheit ein erneuter, weit
stärkerer folgen wird, und daß dieser zweite Versuch nicht mehr
im Reichstag die geschlossene Majorität gegen sich finden wird,

wie der erste Vorstoß. Daß der Plan, das Zuchthausgesetz
durchzubrüden, nicht aufgegeben ist, beweist die stille, aber rührige
Agitation, die namentlich nach dem Bekanntwerden des Tele-
gramms des Kaisers an seinen Erzieher, von allerlei Industriellen
und gewerblichen Vereinigungen ungehört für die Gesetzvor-
lage betrieben wird. Weil diese Agitationen sich nicht in der
breiten Öffentlichkeit vollziehen, dürfen sie nicht unterschätzt
werden. Es ist keineswegs nur der Centralverband Deutscher
Industrieller und seine größeren Zweigabteilungen, wie der
„Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen
Interessen in Rheinland und Westfalen“, der „Verein der
Industriellen des Regierungsbezirks Köln“, der „Verein zur
Wahrung der bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk
Dortmund“ u. s. w., die innerhalb ihrer Mitgliedschaften und
der ihrem Einfluß zugänglichen politischen und Fachpresse mit
Hochdruck für die Zuchthausvorlage arbeiten, auch in den
kleineren lokalen Fabrikanten-, Händler- und Handwerker-Verein-
igungen wird emsig und, wie gelegentlich an die Öffentlichkeit
bringende Resolutionen beweisen, nicht ohne Erfolg die Auf-
regung gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter betrieben. Thatsäch-
lich sekundäre denn auch die von dera tigen sogenannten
„Arbeitgeberverbänden“ herausgegebene oder unterstützte kleine
Fachpresse die größeren politischen Organe der schlotzjunkerlichen
Spezies, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Post“,
die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, nach Verleumdungen, wenn
auch oft mit noch einfältigeren Gründen. Selbst Fachblätter,
die nicht direkt von Arbeitgeberkoalitionen abhängig sind und
sonst in ihrem „Liberalismus“ über die nationalliberale Couleur
hinausgehen, wie z. B. der hier erscheinende „Deutsche Oekonomist“,
glauben im Geschäftsinteresse sich möglichst energisch für die
Kaubheim Vorlage engagieren zu müssen.

Die ganze Bewegung ist trotz ihres erbitterten Geschäfts-
Charakters recht lehrreich. Sie zeigt, daß die Hintermänner der
liberalen Abgeordneten, die gegen die Vorlage stimmten, für die
allgemein politischen und rechtlichen Erwägungen ihrer Abge-
sandten herzlich wenig Verständnis haben. Für sie gilt nur
der Unternehmer- und Professionspunkt. Was geben uns die
juristischen Mängel und die politischen höheren Bedenken an;
wir leiden unter den Streiks und folglich müssen sie gesetzlich
verbündet werden: das ist, kurz gefaßt, das Leitmotiv. Das
durch die Klagenorgane ihrer schönen Seele zieht. Speziell in
der nationalliberalen Unternehmerchaft aller Grade mehrt sich
der Widerspruch gegen die „Vassermänner“, — und da die sich
auflehrenden Elemente meist zugleich diejenigen sind, die in den
lokalen Wahlvereinen den Ton angeben und die Mittel zur
Presse- und Wahlagitation liefern, bestimmt unter dem Einfluß
dieses geldbegehrenden Heils der eigenen Anhängerschaft selbst
die Haltung jener nationalliberalen Blätter immer mehr abzu-
flauen, die erst so sehr begeistert für den neuen sozialpolitischen
Kurs ihrer Partei waren. Finden doch heute die Angriffe, die
gegen Vassermann und seine Gesellschast gerichtet werden, kaum
noch eine Zurückweisung in den nationalliberalen Blättern,
selbst dann nicht, wenn sie von jener jungen Güte sind, wie
die vorige Woche in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ abge-
lagerten. Der Verfasser der Artikel gehört, seiner gewöhn-
lichen Schreibweise nach zu urtheilen, jedenfalls zur geistigen Elite des
Centralverbandes deutscher Industrieller, und mit diesen Herren
anzubinden, bringt keinen Vortheil. Selbst die Anzuegriffenen

wagen sich gegen die Anschuldigungen kaum in die Schranken; höchstens verstehen sie sich zu Verteidigungen, die halben Entschuldigungen gleichen.

Das sind Erscheinungen, die recht wenige Garantien bieten für die Stellungnahme des größeren Theils der national-liberalen Fraktion gegen die Vorlage in der kommenden Herbst-session. Bassermann und noch einige Herren sind allerdings zu sehr gegen das Gesetz engagirt, als daß sie ihre Stellung ändern könnten. Aber in dem Haufen Derer, die nur einmal zur Abwechslung in der sozialpolitischen Richtung mitgelaufen sind, wird sich schon Mancher finden, der sich unter dem belehrenden Einfluß der Industriellen eines Besseren besinnt, zumal wenn etliche nebensächliche Bestimmungen in dem Gesetzentwurf gemildert und überdies zur Verzierung ein paar hübsche „Rechtsgarantien“ eingeschlikt werden. Nöthigenfalls bleibt als Ausweg aus dem Dilemma immer noch das Fortbleiben bei der Abstimmung. Der sozialreformfreundliche Kurs, der seit 5: bei vorigen Jahres in der nationalliberalen Fraktion sich bemerkbar gemacht hat, steht ohnehin im Widerspruch mit der Zusammensetzung dieser Partei; denn nicht die paar Hunderte von Professoren, Advokaten, Ärzten, Gymnasialdirektoren u. s. w. bilden den Kern des Nationalliberalismus, sondern das Unternehmertum. Eine wirkliche „Sozialreformfreundlichkeit“ kann in dieser Partei immer nur eine Episode sein. Ihr thätigstes politisches und ethisches Wollen repräsentirt nicht Herr Bassermann; es verkörpert sich in den Herren Hilke, Möller, Büßing.

Auch in den Unternehmerkreisen der Zentrumspartei ist man keineswegs mit der strikten Ablehnung des Gesetzentwurfs ganz zufrieden. Dazu kommt noch ein anderes. Das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten bei der bayerischen Landtagswahl hat der Stellung des Zentrums als Regierungspartei im Deutschen Reich geschadet. Die Koalition mit der rothen Karte hat nach oben verschmupft. Das ist eine Erkenntnis, die wie ein trauriges Weh durch die Jubelstimmen der Zentrumspresse über den Ausfall der bayerischen Wahl klingt. Diese Gunstverschönerung an gewisser Stelle wieder zu erlangen, dazu scheint ein Nachgeben gegenüber der Zuchtbausvorlage nicht ungeeignet. Allerdings wird so leicht ein Weg, der dem Zentrum die Zustimmung ermöglicht, nicht gefunden werden können. Der Abgeordnete Lieber hat in der Reichstagsitzung vom 20. Juni derartige Vorbedingungen gestellt, daß ein nachträgliches Nachgeben seiner Fraktion fast ausgeschlossen erscheint, wenn nicht das Zentrum geneigt ist, zu Gunsten seiner Regierungsfähigkeit seine Ehre bis zum letzten Rest aufzugeben.

Den Ausführungen des „Vorwärts“ können wir uns im Allgemeinen nur anschließen. Noch ist die Zuchtbausvorlage nicht gänzlich todt und sie kann noch einmal neues Leben erhalten. Dann aber wehe den deutschen Arbeitern, wenn sie in irgend einer Form zur Annahme gelangt und Gesetz wird. Darum nicht ermüden in der Protestbewegung gegen die geplante Vernichtung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Zur Beachtung für Alle, welche Berichte an die Zeitschrift einsenden.

1. Wenn du etwas der Zeitschrift mittheilen willst, thue dies rasch und schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden veraltet.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Thatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen auf einer Seite geschrieben lassen sich rasch zerschneiden und an die Gegenseite vertheilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für später zurückgelassen werden muß. Alle auf zwei Seiten beschriebene Berichte wandern in den Papierkorb.

7. Gehe] der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.
8. Datire den Brief nicht 10 Tage vorher, ehe du ihn absendest.
9. Schneide alles Überflüssige, nicht beschriebenes Papier von dem Berichte ab, damit du nicht Strafporto zu bezahlen hast, wenn die Redaktion die Annahme des nicht genügend frankirten Briefes verweigert.
10. Schreibe Privatmittheilungen, Mittheilungen für den Verbandsvorstand und für die Zeitung nicht wie Kraut und Rüben durcheinander, denke stets daß der Redakteur nie, nie Zeit hat, sämtliche Ergüsse einzeln abzuschießen.

Verbandstheil.

Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Dr. Poersch, Berlin W. 30, Gloditzstr. 40.** Verbandskassierer: **V. Hoffmann, Berlin N. 58, Erasmowär. 48.** Alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer zu richten. Ausschuß des Verbandes: **Sinnberg, Berlin S., Diefenbachstr. 27.**

Bekanntmachung.

Folgende Gelder liefen für den Verbands-Vorstand bei dem Kassierer desselben ein: Ludwigshafen a. Rh. 4,83 Mk., Berlin II. 73,60 Mk., Leipzig, durch Raumann 139,75 Mk., Königsberg i. Pr. 78,50, Friedrichshagen 29,45 Mk., Halle a. S. 30 Mk., Darmstadt 16,68 Mk., Magdeburg 94,50 Mk.

Reklamationen wegen unrichtiger oder unterlassener Cautisation von eingelangten Geldern, wolle man umgehend an den Unterzeichneten richten.

J. A. Dr. Poersch.

Korrespondenzen.

Berlin. Die städtischen Arbeiter hielten am Mittwoch, den 19. Juli, eine gut besuchte öffentliche Versammlung in Stecherts Saal ab. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf eine schon mehrfach in Versammlungen behandelte Angelegenheit, nämlich die Maßregelung zweier Arbeiter des Wasserwerkes in Friedrichshagen. Der Magistrat hatte es seiner Zeit abgelehnt, wegen dieser Sache vor dem Einigungsamt zu erscheinen, er hat aber eine Untersuchung in der Angelegenheit beantragt, ohne aber einen Arbeiter zu vernehmen. Auf Ersuchen einer Versammlung ist dann eine erneute Vernehmung vorgenommen worden, zu der auch die betheiligten Arbeiter hinzugezogen worden sind. Wie der Referent Bösch mittheilte, ist jetzt die Antwort des Magistrats eingegangen, welche dahin lautet, daß nach dem Ergebnis der Untersuchung nicht angenommen werden könne, der Betriebsleiter Anklam habe das Koalitions- und Petitionsrecht der Arbeiter beschränken wollen. Weiter heißt es in dem Schreiben des Magistrats, die beiden entlassenen Arbeiter G. und S. seien vernommen worden. G. habe selbst zugegeben, daß er sich mehrfacher Verhöre gegen die Arbeitsordnung schuldig gemacht habe und die Angaben des Sch. seien so unklar gewesen, daß nichts daraus zu entnehmen war. Es müsse demnach bei dem früheren Beschuld des Magistrats bleiben.

Der Redner führte nun aus, man sei in Arbeiterkreisen nach wie vor der Ansicht, daß die Entlassung der beiden Arbeiter, welche Vorstandsmitglieder der Verbandsfiliale in Friedrichshagen waren eine Maßregelung gewesen sei. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, dann hätte man doch die Gründe der Entlassung angeben können. Das sei aber bis heute nicht geschehen! Weder dem Einigungsamt, noch in dem ersten und zweiten Schreiben des Magistrats sind sie genannt worden, obgleich man doch durch Angabe derselben den ganzen Skandal aus der Welt schaffen könnte.

Die Weigerung des Magistrats, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, läßt darauf schließen, daß der Magistrat einer unparteiischen Untersuchung der Angelegenheit ablehnen wolle. Der Redner vertrat die Ansicht, daß die von einem beim Stadtausschuß thätigen Ankläger betriebene Untersuchung nicht so gehandhabt worden sei, daß der Sachverhalt hätte klar gestellt werden können.

Wenn in dem zweiten Antwortschreiben des Magistrats gesagt werde, G. habe selbst zugegeben, Verhöre gegen die Arbeitsordnung begangen zu haben, so handle es sich um folgendes: Anklam hat bei der ersten Untersuchung erklärt, daß G. deshalb von ihm entlassen worden sei, weil er im Dienst geschlafen habe. G. ist nun allerdings einmal beim Schlafen

betroffen worden, doch war dieses schon Monate und Monate vor seiner Entlassung. Als nun G. bei der zweiten Untersuchung von dem Assessor gefragt wurde, ob er einmal geschlafen habe, hat er das zugestanden. Daß dieses Verschlehen aber der wahre Entlassungsgrund sei, kann unter keinen Umständen angenommen werden, da es widersinnig ist Jemand wegen einem Vergehen zu entlassen, welches beinahe ein Jahr zurückliegt und das Anklamm längst bekannt war. — Würde Herr Anklamm jetzt sein Vorgehen gegen unsere Bewegung eingestellt haben, dann könnte man die ganzen Differenzen ruhen lassen. Da er aber von Neuem Dinge gegen die Petitions- und Koalitionsfreiheit unternommen habe, kann dieses nicht geschehen. In Folge ihrer vorjährigen Petition seien den Wasserwerks-Arbeitern Lohnzulagen nach Maßgabe des Dienstalters vom Direktor zugesichert worden. Herr Anklamm habe nun diese Zulagen ganz willkürlich und ohne Rücksicht auf das Dienstalter bewilligt. In Folge dessen sei Herr Anklamm eine von vielen Arbeitern des Werkes unterzeichnete Eingabe eingereicht worden, worin diese bitten, daß ihnen — wie es auf anderen städtischen Werken geschehen ist — mitgeteilt werde, nach welchen Grundätzen die Zulagen bewilligt werden, damit jeder Arbeiter wisse, auf einen wie hohen Lohn er eigentlich Anspruch habe. Diese Eingabe sei dem Herrn Anklamm an einem Sonnabend von drei Arbeitern überreicht worden. Einer derselben, der auch Kassier der Verbands-Filiale ist, sei am darauffolgenden Montag entlassen worden. Als Grund der Entlassung sei zwar ein unentschuldigtes Ausbleiben des Arbeiters am vorhergehenden Montag angegeben worden. Da aber die ganze Woche und auch die Lohnabteilung am Sonnabend vorüberging, ohne daß das Ausbleiben des Betreffenden gerügt wurde, die Entlassung vielmehr erst nach Ueberreichung der Eingabe erfolgte, so nahmen Arbeiter und Unterbeamte an, daß die Ueberreichung der Eingabe der wahre Entlassungsgrund ist. Herr Anklamm stelle jetzt ein peinliches Verhör mit den Arbeitern an, um die Urheber der Eingabe ausfindig zu machen. Diese Vorgänge bestärken die Arbeiter in der Ansicht, daß Herr Anklamm, trotz der entgegen gesetzten Behauptung des Magistrats, das Koalitions- und Petitionsrecht der Arbeiter beschränke. Außerdem habe Anklamm jetzt mehreren Arbeitern Lohnzulagen gemacht, woraus geschlossen werden muß, daß er nicht jene Löhne ausgezahlt hat, die er nach den ihm zugegangenen Bestimmungen auszahlen mußte. Nachdem er durch die Eingabe in die Enge getrieben wurde, hat er sich endlich gezwungen gesehen, dieses zu thun. — Folgende Anträge wurden hierauf einstimmig angenommen:

1. Antrag.

In Erwägung, daß der Magistrat in der Friedrichshagener Maßregelungsache es seiner Zeit ablehnte, vor dem Eingangsamt des Gewerbegerichts zu erwirken,

in weiterer Erwägung,

daß bei der ersten vom Magistrat eingeleiteten Untersuchung überhaupt kein einziger Arbeiter vernommen wurde und auch in dem zweiten Bescheide immer noch nicht die Gründe angegeben sind, weshalb denn eigentlich Wiederat und Schöngau entlassen wurden,

sind die Versammelten zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Magistrat es in der fruchtigen Angelegenheit grundsätzlich vermeidet, die wahren Vorkommnisse festzustellen.

Daher beantragen die Anwesenden das Bureau der heutigen Versammlung, dem Stadtverordneten-Kollegium die Friedrichshagener Maßregelungsache zu unterbreiten und die WiederEinstellung der Gemäßigten zu beantragen.

Ferner wird dem Ausschuss der vereinigten Berliner Filialen des Verbandes der Gemeinde-Arbeiter die Vollmacht erteilt, in der fraglichen Angelegenheit zukünftig selbständig zu handeln, wenn dieses notwendig sein sollte.

2. Antrag.

Die heutige Versammlung aller städtischen Arbeiter und Unterangestellten protestirt ganz energisch gegen die inquisitorische Untersuchung, die Herr Anklamm gegenwärtig in Betreff der ihm kürzlich unterbreiteten Petition vornimmt.

Die Versammelten meinen, daß Herr Anklamm nicht das geringste Recht besitzt, peinliche Untersuchungen über die Urheber und Verfasser der Eingabe, „wo die Unterschriften gemeldet“, ob die Unterzeichner auch genau den Inhalt der Eingabe gelesen“ u. zu veranstalten.

Die Versammelten fassen ferner die Entlassung des Kassiers Besche als eine neue Maßregelung auf, die Herr Anklamm vornahm, um sich an die Ueberbringer der Petition zu rächen.

Die Versammelten hoffen, daß der Magistrat, wenn er es wirklich ehrlich mit der Koalitions- und Petitionsfreiheit seiner Arbeiter meint, Herrn Anklamm ganz energisch jede weiteren Besitztüge gegen die Koalitions- und Petitionsfreiheit untersagen wird.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Lohnbewegung der Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes behandelt. Dieselben haben, wie aus den Darlegungen mehrerer Redner hervorging, im vorigen Jahre eine Petition um Lohnaufbesserung zunächst h. im Stadtrath Hübner, und dann, als keine Antwort erfolgte, beim Direktor Hausburg eingereicht. Die Angelegenheit hat sich bis jetzt hingezogen, ohne daß die Arbeiter einen endgültigen Bescheid erhielten. Neuerdings hat sich der Stadtverordnete Wille der Sache angenommen und dieselbe im Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes vertreten. In Folge dessen soll den Arbeitern auch eine Lohnzulage bewilligt worden sein. Bestimmt ist hierüber jedoch noch nicht bekannt. Es wurde eine Resolution angenommen, welche sagt:

Die Versammelten hoffen, daß die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofes den Arbeitern Bescheid zukommen läßt, ob sie eine Lohnzulage erhalten oder nicht.

Hierauf begründete Bösch und andere Redner die Forderung der städtischen Arbeiter auf Gewährung von Sommerferien. Dazu wurde folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß den städtischen Beamten ein Sommerurlaub gewährt wird, die Arbeiter aber einen solchen zur Erholung und Stärkung ihrer Gesundheit ebenso notwendig brauchen wie die Beamten, richtet die Versammlung an den Magistrat die Bitte, vom nächsten Jahre an allen städtischen Arbeitern, die länger als fünf Jahre im Dienst sind, im Sommer eine Woche Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren.

Berlin. Am 17. Juli hielten die Arbeiter der Gasanstalt Müllerstraße eine Versammlung ab. Zunächst behandelte man die Bezahlungssache der alten Leute. Der Minimallohn soll auf den städtischen Gasanstalten 3.50 Mk. pro Tag betragen. In der Anstalt Müllerstraße erhalten dagegen die älteren Arbeiter erheblich weniger, was auf den anderen Werken nicht zu verzeichnen ist. Der Arbeiter-Ausschuss hatte sich nun vor Kurzem bereits dieser Sache angenommen und von dem Direktoren der genannten Anstalt eine dratartige Handhabung wie auf den anderen Werken verlangt. Hierauf sind einigen älteren Arbeitern geringe Zulagen gemacht worden. Die Versammelten konnten sich mit der getroffenen Regelung nicht einverstanden erklären. Sie beauftragten daher den Verband, bei der Verwaltungs-Direktion zu beantragen, daß in der Anstalt Müllerstraße die älteren Arbeiter ebenso bezahlt würden, wie in den anderen städtischen Gaswerken.

Hierauf behandelte man die Entlassungsfrage. Auf einigen städtischen Gasanstalten ist es wiederholt vorgekommen, daß, wenn bei eintretendem Arbeitsmangel Arbeiter entlassen werden mußten, man nicht die Jüngsten entlassen hat, wie dieses eigentlich recht und billig wäre, sondern ältere Leute gehen mußten, die oft schon lange Zeit auf dem Werk arbeiteten. Man beschloß daher, folgernden Antrag der Verwaltungs-Direktion zu unterbreiten: „Wegen Arbeitsmangel dürfen nur diejenigen Arbeiter entlassen werden, die zuletzt angefangen haben und zwar der Reihenfolge nach.“

Auch wegen der WiederEinstellung herrschen Mißstände auf den städtischen Gaswerken, indem vielfach Arbeiter, welche bereits mehrere Winter hindurch auf den Anstalten arbeiteten und wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, nicht wieder bei zunehmendem Betriebe eingestellt werden, sondern man sich dagegen neue Kräfte besorgt. Daher beschloß man folgenden Antrag der Direktion zu unterbreiten: „Müssen bei zunehmendem Betriebe mehr Arbeiter eingestellt werden, so sind in erster Linie diejenigen einzustellen, welche bereits schon früher auf der Anstalt arbeiteten und wegen Arbeitsmangel entlassen wurden.“

Hierauf wurde noch folgende Angelegenheit behandelt. Wenn im Frühjahr der Betrieb in den Gaswerken eingeschränkt wird und Arbeiter entlassen werden, dann wird in anderen städtischen Unternehmen die Produktion vergrößert. Man müßte man annehmen, daß die Entlassenen eigentlich der Beschäftigung finden würden. Das ist aber meistens nicht der Fall, indem die anderen städtischen Betriebe diese Arbeitsuchenden grundsätzlich ablehnen. Folgender Antrag soll daher an den Magistrat

gerichtet werden: „Der Magistrat wolle sämtliche städtischen Messorts anweisen, daß dieselben bei Veranlassungen des Betriebes zuerst diejenigen Arbeiter einzustellen haben, die bereits in städtischen Betrieben arbeiteten und hier kürzlich wegen Arbeitsmangel entlassen wurden.“

— Eine Versammlung der Arbeiter von der IV. Anstalt (Danzgassestraße), welche am 18. Juli tagte, beschäftigte sich mit denselben Fragen und nahm die gleichen Anträge an.

Dann erörterte diese Versammlung noch einen anderen Punkt. In dieser Anstalt können die Arbeiter ihr Brennmaterial nur in der Mittagsstunde kaufen, wodurch ihnen die Mittagsruhe vielfach zerstört wird. Da in der Anstalt Müllerstraße z. B. eine andere Handhabung aufzuweisen ist, so beschloß man dieserhalb bei der Direktion vorstellig zu werden. Hierzu kam es jedoch nicht, weil zwei Tage darauf bereits eine andere Regelung getroffen wurde. Jetzt soll nämlich das Brennmaterial von 1—2 Uhr verkauft werden. Jedoch auch mit dieser Regelung können sich die Arbeiter nicht zufrieden geben. Die Frauen wollen sehr oft das gesamte Brennmaterial Mittags bereits mitnehmen; bei der getroffenen Regelung müßten sie dann aber eine Stunde warten. Daher beschäftigte sich eine Versammlung am 26. Juli von Neuem mit dieser Frage. Man beschloß, bei der Direktion dahingehend vorstellig zu werden, daß bereits in den Vormittagsstunden der Verkauf des Brennmaterials geschehen soll.

Fremde. Die hiesige Filiale, welche erst kürzlich gegründet wurde, hat bisher gute Fortschritte gemacht. Ungefähr 200 Kollegen haben sich derselben bereits angeschlossen. Die Mitgliederversammlungen am 18. Juni und 11. Juli waren gut besucht. An dem Feit der hiesigen Gewerkschaftsorganisationen nahen sich unsere Filiale auch beteiligen. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: 1. Vorsitzender Lindemann, 2. Hüfing, 1. Schriftführer Metzen, 2. Holz, 1. Kassier Stitz. Zu Revisoren wurden die Kollegen Weizner, Fenzel und Pleistich gewählt. Zu Vertretern im Gewerkschafts-Kartell ernannte man die Kollegen Schneider und Weidner; zu Stellvertretern derselben Müller und Boß.

Mainz. Wir müssen uns einmal hier etwas mit dem Werkmeister Bär von der hiesigen Gasfabrik beschäftigen, der sich durch sein Verhalten bei den meisten Arbeitern äußerst verhaßt gemacht hat. Welche ungerechte und unvernünftige Anordnungen dieser Herr oft trifft, dafür einige Beispiele.

Am 15. Mai verunglückte der Betriebsarbeiter Wingenfeld und nun beauftragte Bär den Kollegen Bong, die fällige Charge des Verunfallten zu übernehmen. Dieser weigerte sich jedoch, das zu thun, da seine Zwölftundenbesoldung zu Ende ging und er auch in Folge der großen Hitze äußerst ermüdet war. Trotzdem genügend andere Ersatzleute vorhanden waren, sollte Bong wegen „Geborfamkeitsverweigerung“ bestraft werden. — Im vorigen Jahr verunglückte der Kollege Hub dadurch, daß er beim Rangieren der Eisenbahnwagen diese abhänge, als sie noch im Gange waren. Hub ist heute ein Krüppel und kann nur leichte Arbeit verrichten. Trotz dieses Vorkommnisses und trotzdem die Unfallsvorschriften es ausdrücklich untersagen, daß die Wagen im Gange abgehängt werden dürfen, läßt Herr Bär es weiter so machen.

Wir wurden wegen dieser Sache bei dem stellvertretenden Direktor vorstellig und hier versprach er zukünftig anders zu handeln. — Ferner ist Bär groß in der Entlassung von angeblich überflüssigen Arbeitern, wahrscheinlich deshalb, um seinen Vorgesetzten zu beweisen, daß er eine äußerst tüchtige Kraft ist und die Ausbeutung der Arbeitskräfte musterhaft versteht. Kollege Matter mußte z. B. vom 18. zum 19. Juni 18 Stunden und fünf Tage darauf schon wieder 24 Stunden hintereinander arbeiten. Fast die halbe Mannschaft ist dabei krank und die andere Hälfte in einem Zustande, den ärztliche Untersuchung als arbeitsunfähig bezeichnen würde.

Den Feuerleuten sucht Bär dadurch die Pausen zu entziehen, indem er verlangt, daß dieselben Kohlen abladen sollen. Dann geht's sofort wieder ins Feuerhaus. Hierbei macht er noch die absurde Bemerkung: „Männens bekommt Ihr Sopha.“

Am 10. Juli konnten die Arbeiter einen Kohlenwagen nicht von der Stelle bekommen, da das Gleis in einem Zustande war, der das Rangieren unmöglich machte. Bär erlaubt sich sofort die Bemerkung: „Jetzt haben die Kerls gefröhnt und können den Wagen nicht fort kriegen.“

Wenn Herr Bär nächstens von den Arbeitern auch mit Kerl angeredet wird, darf er sich nicht wundern. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig!

Das Drahtseil am Aufzuge befindet sich in einem Zustande,

daß jeden Augenblick ein Unglück passieren kann. Herr Bär als verantwortlicher Theil trägt keine Sorge, daß dieser Uebelstand beseitigt wird. Was schadet es auch, wenn 1 oder 2 Arbeiter zum Teufel gehen? Von dem Zeug ist ja genug da! Nicht wahr Herr Bär?

Der Verband ist natürlich Herrn Bär ein Dorn im Auge und die Nichtverbändler werden selbstverständlich von ihm protegirt. Der Nichtverbändler und Liebling Schilling hörte in letzter Zeit mehreremals vor Beendigung der Arbeitszeit auf Er erhielt jedoch die volle Arbeitszeit prompt ausgezahlt, was in denselben Fällen bei Verbandsmitgliedern nicht geschieht. Mit welchen Mitteln aber Herr Bär gegen den Verband arbeitet, die seine moralische Qualifikation gerade nicht in ein besonders gutes Licht stellen, dafür noch ein Beispiel. Eines guten Tages erscheinen die Schlosser der Anstalt: auf dem Bureau des stellvertretenden Direktors und bitten diesen darum um Auskunft, welche Arbeiter sich darüber beschwert hätten, daß sie zu viel Lohn verdienen. Nun stellt sich Folgendes heraus. Arbeiter haben sich überhaupt nicht darüber beschwert. Der Direktor sah die Lohnlisten durch und dabei fand er, daß viele Ueberstunden gemacht wurden, worauf er telephonisch den Wunsch äußerte, daß man einen Mann mehr einstellen möge. Bär soll nun den Schlossern gesagt haben, daß die Verbandsmitglieder sich wegen ihres hohen Verdienstes beschwert hätten. Auf solche Art und Weise sucht man die Arbeiter untereinander aufzuheben und die Arbeiter gegen den Verband aufzuwiegen.

Auch erzählt jetzt Bär, daß der stellvertretende Direktor ihm persönlich gesagt habe: Wirthschaften sie nur ruhig so weiter wie bisher. Dieses wird natürlich von den Verbandskollegen bezweifelt. Wir glauben vielmehr, daß auch die Direktion die gänzliche Unfähigkeit des Herrn Bär, einem solchen Betriebe wie der hiesigen Gasfabrik vorzustehen, immer mehr und mehr einsehen wird.

Berichtigung.

In dem Leipziger Versammlungsbericht, welcher in voriger Nummer enthalten war, hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es soll zu Punkt 2 nicht heißen: „Petition um Einführung einer geregelten Arbeitszeit, sondern um Einführung einer geregelten Urlaubszeit.“

Achtung, Wasserwerks-Arbeiter!

(Berlin III)

Die Mitglieder-Versammlung am 15. August fällt des Sommerfestes wegen aus. Die nächste Versammlung findet am 15. September statt.

Der Vorstand.

Achtung, Berliner Mitglieder!

Am Sonntag, den 10. September, findet Abends 7 Uhr, eine Besichtigung der Dreptower Sternwarte statt. Nichts sind bei den Vertrauensleuten zu haben. Treffpunkt wird in der nächsten Nummer bekannt gegeben.

Der Ausschuß der vereinigten Filialen.

An die Vorstände der Filialen.

Den Zeitungsendungen für die einzelnen Filialen liegt jetzt regelmäßig 1 Exemplar des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Dasselbe ist für die Vorstandsmitglieder bestimmt, und kann selbstverständlich auch weiter gegeben werden. Dieser Zeitungsendung liegen die Nr. 28 und 29 des „Korrespondenzblattes“ bei.

Der Verbands-Vorstand.

Achtung! Markthallen-Arbeiter Berlins!

Der Vorsteher Kollege Persch, wohnt Rottbuser Ufer 60, 2. Hof, Quergebäude 4 Tr., der Kassier Schroder, Grenadierstraße 35 und der Schriftführer Kunz, Stalgerstr. 95.

Der Vorstand.

Achtung, Dresden!

Sonntag, den 13. August, findet Vormittags 11 Uhr, im Saale des Trianon, Schützenplatz, eine Versammlung statt. Die Tagesordnung derselben lautet: 1. Bericht über die Abrechnung des Vereins städtischer Arbeiter und Auflösung desselben. 2. Neuwahl des Vertrauensmannes und der Revisoren.

Um zahlreichem Besuch bittet

Der Einberufer.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 15.

Berlin, 7. August 1899.

3. Jahrg.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes in Berlin haben der Deputation zur Beschaffung von Brennmaterialien kürzlich eine Petition unterbreitet, in der sie um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bitten. Betrachtet man die bezüglichen Zustände, welche in diesem städtischen Unternehmen aufzuweisen sind, so wird man zu der Ansicht gelangen müssen, daß die Arbeiter wirklich Ursache zur Unzufriedenheit haben. Trotzdem der größte Theil der städtischen Kohlenarbeiter bereits viele Jahre in städtischen Diensten steht, ist das Arbeitsverhältnis derselben nur ein sehr loses. Eine Kündigungsbüchse existirt nicht und können die Arbeiter jederzeit entlassen werden. Der größte Theil der Arbeiter wird in Afford ausgeführt und ist der Arbeitsverdienst ein sehr ungewisser. Vielfach haben die Arbeiter stunden- und tagelang nichts zu thun, in anderem Falle müssen sie dagegen oft viele Stunden hintereinander durcharbeiten, ohne auch nur eine Pause machen zu können. Die Zeit, welche die Arbeiter brauchen, um z. B. von der einen nach der anderen Schule zu gelangen, wo sie Kohlen abladen sollen, wird ihnen nicht bezahlt. Ebenso wenig erhalten sie die Zeit entschädigt, welche sie eventuell auf den Kohlenwagen warten müssen. Die Affordsätze sind gleichfalls zu niedrig, zumal den Arbeitern durch die Art ihrer Beschäftigung außergewöhnliche Ausgaben erwachsen. Regelmäßige Mittagepausen giebt es nicht, und da sie nie wissen, wo sie am anderen Tage beschäftigt sein werden, so können sie sich kein Mittagessen bringen lassen. Die Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist sehr verschieden, oft haben die Arbeiter erst um 9 oder 10 Uhr abends Feierabend. Stundenlanges Zubringen auf den Straßen zwingt die Arbeiter, namentlich bei kalter und feuchter Witterung, warme und erfrischende Getränke zu sich zu nehmen. Einen nicht unerheblichen Theil des Arbeitsverdienstes erhalten also auf diese Art und Weise die Gastwirthe. Ist kommt es vor, daß die Pferde den Kohlenwagen wegen zu schwerer Beladung nicht durch den Thorweg hindurch bringen können und die Kohlen dann von der Straße abgetragen werden müssen. Trotzdem die Arbeiter in diesem Falle beim Abtragen einen bedeutend weiteren Weg zurücklegen müssen, wird ihnen dafür in der Regel keine Entschädigung gewährt. Die Verwaltung erklärt dann, daß ihr dieses nichts angehe, da die Pferde und der Kutscher von der Firma Nicolai gestellt werden. — Dann haben die Arbeiter in ihrer Petition noch einen anderen Wunsch ausgesprochen. Die milden Winter der letzten Jahre hatten zur Folge die Ansammlung größerer Coaksbestände auf den städtischen Gasanstalten. Daber wurden eine Reihe von städtischen Instituten angewiesen, zukünftig den Coaks der Gasanstalten statt der Kohle zur Feuerung zu benutzen. Nun hat man aber den Transport des Coaks der Firma Nicolai übertragen, wodurch die städtischen Kohlenarbeiter in ihrer Existenz nicht unerheblich bedroht werden. Sie haben dadurch bedeutend weniger als in früheren Jahren zu thun, da die Firma Nicolai einen Theil ihrer früheren Arbeiten ausführt. Wenn die Dinge so weiter, so wird sich ein Theil der städtischen Kohlenarbeiter nach anderer Arbeit umsehen müssen. Solche ist aber für Arbeiter, die jahrelang in städtischen Diensten standen, nur schwer zu erhalten, da der Privatunternehmer immer annimmt, daß sie irgend etwas verbroschen haben müssen, sonst würde die Stadt sie nicht nach langjähriger Beschäftigung entlassen. Die städtischen Kohlenarbeiter bitten daher in ihrer Petition, daß der Coakstransport ihnen übertragen werden möchte. Die Stadt würde dabei auch finanziell besser fahren, indem der Gewinn des Unternehmers ihr zu gute kommen würde.

Anschließend an obige Notiz, welche kürzlich der „Vorwärts“ brachte, können wir die freundige Mittheilung machen, daß ein großer Theil der von den Kohlenarbeitern gestellten Forderungen bereits bewilligt ist. Die Plagarbeiter und die Wächter haben eine tägliche Lohnzulage von 50 Pf. erhalten, so daß sie jetzt 4.00 Mk. bekommen. Den Affordarbeitern sind gleichfalls nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht worden. Hervorgehoben muß werden, daß die Deputation zur Beschaffung der Brennmaterialien sich den Petenten gegenüber sehr entgegenkommend

gezeigt hat. Herr Stadtrath Zabel bemühte sich persönlich nach dem städtischen Kohlenplatz, unterließ sich hier mit den Arbeitern über die herrschenden Verhältnisse und gab ihnen das Versprechen, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten zu wollen.

Würde man in den anderen städtischen Betrieben Berlins sich ebenso entgegenkommend zeigen, wenn die Arbeiter Wünsche äußern, dann würde auch ein ganz anderes Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Arbeitern Platz greifen. Hier hält man es aber sehr oft nicht einmal für nöthig, den Arbeitern eine Antwort auf ihre gestellten Forderungen zu erteilen und verlegt so die Arbeiter auf das Tiefste. Aber man schämte diejenigen, welche es wagten, Wünsche auszusprechen auf alle mögliche Art und Weise, fährt sie regelhaft an und droht ihnen mit Hinauswerfen. Es würde gut sein, wenn sich die Herren Haneburg, Antlamm, Fehner u. s. w. bei ihren Handlungen die Deputation zur Beschaffung von Brennmaterialien zum Vorbild nehmen und ihre Arbeiter in anständiger Weise behandeln und entgegenkommen würden.

Bundschau.

Der preussische Handelsminister Gresselt hat durch den Oberpräsidenten den Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts Herrn W. v. Schulz auffordern lassen, binnen acht Tagen einen eingehenden Bericht über den Anruf der Arbeitgeber-Beisitzer Dr. Gerschel und Fabrikant D. Weigert, den diese in den Zeitungen veröffentlicht, zu erstatten. Der Anruf enthält einen Protest gegen die Zuchthausvorlage und die Anforderung an alle Ausschüsse, Unternehmer- und Arbeiter-Vereinigungen von Gewerbegerichts-Beisitzern, sich diesem Protest anzuschließen.

Diese Maßnahme zeigt wieder einmal die ganze Unfähigkeit unserer heutigen Regierung. Nicht allein die Arbeiter aller Parteirichtungen hegt sie durch die Zuchthausvorlage gegen sich auf, sondern auch den Arbeitgebern soll das Sprechen verboten werden, die ein solches Verbot für verwerflich erklären. Daß sie sich durch solche Handlungen nur mehr Feinde auf den Hals bringt, scheint ihr garnicht in den Sinn zu kommen. Es ist ein reines Glück, daß diese Leute insolge des Parlamentarismus nicht so wirtschaften können, wie es ihnen beliebt, sonst würde Deutschland längst an dem Hande seines Ruins stehen.

Ein schwerer Fehler ist, so führt Dr. Ernst Brande in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ aus, die Einbringung der Zuchthausvorlage gewesen; er begründet dieses Urtheil wie folgt: „Die Regierung hat sich damit bewußt in einen schroffen Gegensatz zu der großen Mehrheit des Reichstages gesetzt, der erst vor wenigen Wochen in autoritärer Form sich für die Ausgestaltung und gegen die Beschränkung des Koalitionsrechtes erklärt hatte. Sie hat die gesammte deutsche Arbeitererschaft, soweit sie überhaupt am öffentlichen Leben sich betheiligte, in die schärfste Opposition gedrängt. Gewerksvereine, evangelische, katholische Arbeitervereine, die auf dem Boden des Staates, treu zu Kaiser und Reich stehen, haben sich mit derselben Entrüstung gegen den Entwurf ausgesprochen, wie die noch zur Sozialdemokratie haltenden Organisationen. Auch aus Arbeitgeberkreisen hat es nicht an Protesten gefehlt; im Reichstage waren große Unternehmer unter den Führern der Gegner des Entwurfs, Arbeitgeberbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts haben dagegen Einspruch erhoben, der Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten hat ihn verworfen. Die Regierung hat mit ihrem Vorgehen bewiesen, daß sie weder mit der Mehrheit des Reichstages noch mit dem deutschen Volke Fühlung hat, daß sie ohne Kenntniß und Verständniß der sozialen und wirtschaftlichen Strömungen ist, die unsere Zeit durchfluthen. Hinter ihr haben bei der ganzen trübseligen Aktion nur eine kleine Schaar von Großindustriellen im Lande, sowie die Rechte des Reichstages gestanden, und von den Konserverativen hatte man noch den Eindruck, daß sie nur mit halbem Herzen dabei waren. Aber das Schuldkonto der Regierung ist noch größer: Der Gesetzentwurf mißt mit ungleichem Maße,

verteilt Licht und Schatten ungleich und richtet sich gegen die Arbeiterbewegung als solche. Damit hat die Regierung ein schwer austrotzbares Misstrauen in die gesamte Arbeiterbevölkerung gepflanzt und sich die Wege selbst da verlegt, wo die Ehrlichkeit und der Ernst ihrer sozialpolitischen Bestrebungen nicht zu bezweifeln sind. Und die unmittelbaren Wirkungen der Vorlage selbst wurden durch ihre Verantwortung von Seite des Bundesratsbüros noch verhäßt. Von vornherein stand die Regierung nur in der Verteidigung, aber auch diese wurde nur matt und lahm geführt. Die Folge war eine unerhörte Niederlage. Nicht einmal einer Kommissionsberatung wurde der Entwurf vom Reichstage gewürdigt, sondern nach vier tägiger Debatte beschlossen, die zweite Lesung nach der Vertagung im Plenum vorzunehmen.

Damit ist diese Vorlage beseitigt. Ist die Regierung gut beraten, so zieht sie den Entwurf selbst zurück. Brauchte sie für irgend eine maßgebende Stelle eine Zustimmung, der Reichstag hat sie ihr erteilt und sie kann sie vorweisen.

Auf die Zurückziehung ist nun freilich nicht zu rechnen. Ist gar nichts zu erreichen für die Wünsche der Schafmacher, dann wird man sich nach Koller'schem Muster trösten: Na, d'nn nicht! Die naive Unwissenheit der reaktionären Gesinnung, die in der Regierung so stark vertreten ist, hat für die Wirkung einer Wiederholung Töten, was wir in den vier letzten Reichstags-Sitzungen erlebt haben, kein Empfinden.

Griefkasten.

St. Bremen. Die Zeitungen werden sofort nach ihrer Fertigstellung versandt. Dabei ist es auch unmöglich, dieselben dorten früher zuzustellen, als es bisher geschah.
Besten Gruß

B. P.

Mannheim III, Dresden, Leipzig u. Wegen Platzmangel müssen die eingehenden Berichte u. bis zur nächsten Nummer zurückgelegt werden.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieselbe mit Mitteilung an die Redaktion machen. Jede Aenderung ist gleichfalls schriftlich mitzuteilen.

Berlin I. (Anhalt Müllerstraße) Montag, den 7. August Abends 8 Uhr, Pflanzstr. 3.

(Anhalt Danzigerstraße) Am Dienstag, den 13. August

Berlin II. (Kanalisation-Arbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Märchel, Jüdenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter). Die August-Versammlung fällt aus.

Berlin IV. (Desinfektoren) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wilbgrube, Pflanzstr. 31, Abends 8 1/2 Uhr.

Berlin V. (Marktballen-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Range, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Berlin VI. (Katernen-Anzünder). Am 16. August, Vormittags 11 Uhr bei Stechert, Andreasstr. 21.

Berlin VII. (Schlach- und Viehbois-Arbeiter). Dienstag, nach dem 1. Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des jüdischen Kohlenplatzes). Mittwoch nach dem 15., Schillingstraße 1

Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Paulstr. 10.

Charlottenburg. Am 1. August bei Meyer, Wallstraße
Friedrichshagen. Sonntag, den 10. Sept., Abends 7 Uhr, Seestraße 99.

Lichtenberg. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Neuen Posthaus“.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phonixhalle

Magdeburg.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Bogelen, H. 4. 8.

Mannheim III. Sonntag, den 13. August, im „Kleinen Pflanzstr.“, S. 2. 21.

Worheim. Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen“.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 2 Uhr Nachmittags, zum „Stern“.

Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

Vereinigte Berliner Filialen.

Sonnabend, den 19. August 1899

Großes Sommer-Fest

verbunden mit

Konzert, Spezialitätenvorstellung, Tanz u. Kinderbelustigungen in der

„Neuen Welt“, Hasenheide 108-114

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Billets à 20 Pf. sind beim Comité und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Tageskasse 25 Pf.

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Ende ???

Das Vergnügungs Comité der vereinigten Berliner Filialen.

Sieben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Das Zuchthaus-Lied

von Ernst Brezang.

Preis 10 Pfennig. Wiederverkäufern Rabatt.

Buchhandlung Vorwärts.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.

Allein Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Unten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Netzknöpfe u. Kappnähte. Keine Leder-Pilot-Taschen. Die Hose **4 Mk. 50** (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)
Echt indigoblauer Jacket für Maschinisten, Monteure u. **1 Mk. 90**
Echt indigoblauer Hose dito **1 Mk. 50**
Prima Manchester-Hose **8.— 5 Mk. 50**
Gefüttertes Manchester-Jacket **13.— 10.—**
Waler-Rittel in Vemen-Art **2 Mk. 25**
Mechaniker-Rittel (braun) **2 Mk. 40**
Blauer Pilot-Jacket für Maschinisten u. **2 Mk. 80**
Blauer Pilot-Hose für Maschinisten **2 Mk. 50**

Baer Sohn

En gros Export. En détail

Berlin SO., Früchdenstr. 11. Berlin N., Chausseestr. 21a.
Fr. Frankfurterstr. 16.

Die 13. Preisliste über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franco verschickt. Versandt von 2 Mk. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schenkellänge

MEYERS

Mehr als 137 100 Artikel u. Verweisungen.

= Vollständig liegt vor =

in 5. neubearbeiteter und vermehrter Auflage:

18,100 Seiten Text.

72 Hefen je 50 Pf. 7 Bände je 8 Mk.

KONVERSATIONS-

Probhefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Mit 1088 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

LEXIKON

10.500 Abbildungen.

Verantw. Redakteur: Bruno Porich, Berlin, Gleditschstr. 49.
Druck von Maurer & Dimmig, Berlin S., Coufens-Weber 11.